Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

☄: Politische Briefe. X. : Zwei Kettenschlüsse.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Politische Briefe.

X.

Zwei Kettenschlüsse.

Der Zeus Homer's erklärte einst der Götterwelt, wenn sie allesammt sich an die Kette klammern wollten, die er auswerfen würde, sie sollten weder die Kette seiner Rechten, noch ihn selbst der Höhe des Olymps entziehen. Als am 2. Mai die große Diskussion der Finanzreform begann, eröffnete sie Fürst Bismarck damit, daß er eine Kette von Gründen entrollte, welche alle gegnerischen Gewichte der Interessen und Vorurtheile nicht zerreißen, noch der Hand, die sie hält, entziehen können.

Fürst Bismarck verlangte zuerst Unifikation der deutschen Staatsfinanzen, ein Ziel, vor welchem vor nicht langer Zeit alle Wortführer der öffentlichen Meinung erschraken, und der Partikularismus sich empört haben würde. Heute erschrecken zwar noch die Wortführer der öffentlichen Meinung, weil ihnen insgesammt die Gedanken langsam wachsen, aber die amtlichen Vertreter des Partikularismus, die Minister der Bundesstaaten, erschrecken vor der Forderung nicht, sie treten ihr bei. Die parlamentarische Opposition, sowohl die „entschieden" liberale, als die, welche sich heute noch die „national"-liberale nennt, sprach durch den Mund der Herren Richter und Lasker von der Mediatisirung der Einzelstaaten, welche in dieser Finanzreform liege. Der königlich sächsische Finanzminister und Bundesrathsbevollmächtigte v. Nostiz-Wallwitz erklärte dagegen, daß zwischen dem Reich und den Bundesstaaten kein Gegensatz bestehe, beide hätten dasselbe Interesse. Dahin also ist es gekommen, ist es, Gott sei Dank, gekommen, ist es durch die Natur der Dinge gekommen, die hier zur heilenden Nothwendigkeit wird, weil sie durch den Verstand und den Muth eines großen Staatsmannes bei Zeiten in praktische und ausführbare Gebote umgesetzt worden ist. Die Völker, die den Vorzug einer solchen Leitung entbehren, müssen ebenfalls an die Natur der Dinge glauben, aber sie fühlen nur ihre zerstörende Macht, weil sie ihr Gebot nicht vorwegzunehmen verstanden.

Die Unifikation der deutschen Staatsfinanzen ist in der Schlußreihe des Fürsten Bismarck das erste Ergebniß, die erste Hauptprämisse zu weiteren Schlüssen. Welches sind die einfachen Prämissen, aus denen sich diese zusammengesetzte aufbaut? Die Hauptfinanzquelle aller großen Staaten, das indirekte Steuersystem, konnte sich in Deutschland nicht ausbilden bei einer zerrissenen Staatswirthschaft, welche doch nicht so weit gehen mochte noch durfte, den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Boden einer einheitlichen deutschen Volkswirthschaft, welchen der Zollverein frei machte, mit der andern Hand wieder zu zerreißen. Den Schlüssel des indirekten Steuersystems kann in einem getheilten Staat nur die Zentralgewalt führen; der Zollverein besaß gewisse gemeinsame Institutionen, sogar gewisse gemeinsame Finanzen, aber keine Zentralgewalt. So gab es außer den nicht einmal gemeinsam verwalteten Eingangszöllen kein gemeinsames, geschweige denn ein zentrales Steuersystem, darum aber auch in den einzelnen Zollvereinsstaaten nur ein schwach entwickeltes indirektes Steuersystem. Die Erschließung dieser wichtigsten Finanzquelle, wie sie erst durch die Errichtung einer deutschen Zentralgewalt möglich geworden, führt zur Unifikation der deutschen Staatsfinanzen. Denn wie das indirekte Steuersystem schon als Finanzquelle der Einzelstaaten wenig ausbildungsfähig war zur Zeit, als es noch keine gemeinsamen Steuern geben konnte, so würde es zum völligen Widersinn, wenn es sich mit einem indirekten Reichssteuersystem in irgend erheblichem Maße kreuzen sollte. Den Einzelstaaten bleiben also mehr und mehr nur die direkten Steuern, so lange sie ihre Finanzen auf eigene Quellen basiren müssen. Aber diese Steuern werden ihnen von der andern Seite durch die Ausbildung und die wachsenden Bedürfnisse der lokalen Selbstverwaltung mehr und mehr auf dem Wege einer naturgemäßen und nothwendigen Entwickelung entzogen. Gerade wie die indirekte Steuer nur in den Händen der Zentralgewalt vermeiden kann, Schaden zu stiften, und nur in denselben Händen es erreichen kann, gewaltigen Nutzen zu bringen, so kann die direkte Steuer nur in den Händen der lokalen Selbstverwaltung beides bleiben: zugleich gerecht und leistungsfähig zur Aufbringung hoher Erträge. Daher gehen die deutschen Staatsfinanzen der Einzelstaaten und des Reiches nothwendig und naturgemäß der Unifikation durch ein zentrales, indirektes Steuersystem entgegen. Soll dieser Weg nicht eingeschlagen werden, so wird das Reich nie zu kräftigen Finanzen gelangen, aber auch die Einzelstaaten werden es nicht; denn wie mit der reicheren sozialen Entwickelung die Staatsbedürfnisse wachsen, wenn auch nicht im Verhältniß der ersteren, so reichen die direkten Steuern schon nicht mehr für das Bedürfniß der Einzelstaaten aus und drücken, so lange sie deren Hauptquelle bleiben, auf das Gedeihen der Selbstverwaltung. Mit den direkten Steuern den drei Kreisen der Selbstverwaltung, des Einzelstaates und des Reiches zu genügen, ist ein wesenloser Gedanke. Wollten die Einzelstaaten völlig unabhängig in ihren Finanzquellen bleiben, so könnten sie dies nur um den Preis, zugleich das Reich und sich selbst zu verkümmern. So verblendet partikularistisch, so unpatriotisch und anti-national ist heute nicht mehr die Gesinnung bundesstaatlicher Regierungen, sondern nur noch der Doktrinarismus „entschieden" liberaler Parlamentarier. Bis dahin der erste Abschnitt der Bismarck'schen Schlußkette.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Leicht ergeben sich aus der so gewonnenen Hauptprämisse die weiteren Folgerungen. Zunächst die Anwendung auf das preußische direkte Steuersystem. Die für den kleinen Mann, auf welchen die direkte Besteuerung am widernatürlichsten anwendbar ist, so drückende Klassensteuer soll ganz beseitigt werden. Die Grund- und Gebäudesteuer soll, dem Staate entzogen, zum Hauptquell der lokalen Selbstverwaltung werden, deren natürliches Eigenthum sie ist. Die Einkommensteuer soll in den niedrigen Klassen beseitigt, in den oberen in eine soziale Ehrensteuer, deren Erfolg nur ein moralischer, kein finanzieller sein kann, mit Unterscheidung des Einkommens aus fundirten und unfundirten Quellen zur leichteren Belastung der letzteren, verwandelt werden.

In den bisherigen Prämissen liegt schon die Entlastung des Grundbesitzes als des natürlichen, moralischen und finanziellen Trägers der Selbstverwaltung von direkten Staatsauflagen. Die Kraft dieses Schlusses wird zur Unwiderstehlichkeit verstärkt durch die Nothwendigkeit, den Grundbesitz überhaupt zu erhalten, der unter dem jetzigen Steuersystem in Verbindung mit einer ganz neuen Gestaltung der Welthandelskonjunktur für die landwirthschaftlichen Erzeugnisse bereits in Gefahr ist, die Beute verwüstender, seine völlige Entwerthung herbeiführender Spekulation zu werden.

Aus dieser thatsächlichen Prämisse ergibt sich als letzte Schlußreihe die Nothwendigkeit eines direkten, vorsichtig experimentirenden Schutzes für die Landwirthschaft, aber nicht minder für die von derselben Welthandelskonjunktur mit dem Untergang bedrohte nationale Industrie.

Die Hauptredner der liberalen Opposition, die sich der Wucht dieses großartigen Gedankenganges entgegenzustemmen versuchten, waren die Herren Bamberger, Eugen Richter und Lasker. Herr Delbrück, welchen die manchesterliche Opposition unvorsichtig als ihren Führer proklamirt und als solchem das erste Wort gelassen hatte, beschäftigte sich ausschließlich mit technischen Einzelheiten des Tarifs. Von den wirklichen Opponenten haben die ersten beiden nach einem glücklichen Ausdruck der Berliner „Post“ an den unzerreißbaren Gliedern der Bismarck'schen Gedankenkette nur gezerrt. Herr Bamberger fand es sozialistisch, daß der Kanzler die Beseitigung der direkten Staatssteuern in Aussicht nimmt. Als ob es nicht ein bekanntes Dogma und Aufregungsmittel der Sozialdemokratie wäre, daß die indirekten Steuern den armen Mann allein belasten! Sozialistisch ist also die Aufhebung der direkten Steuern gewiß nicht, wie später ausdrücklich von Herrn Lasker bemerkt wurde. Herr Eugen Richter bekämpfte in hundert Einzelheiten den geplanten Industrieschutz, trat außerdem für den Partikularismus ein und machte seine nur für den Sinn gewisser Kreise berechneten Scherze, z. B. den, daß der Kanzler die russischen Zustände zum Ideal genommen, weil er gesagt hatte, daß die

dortige Landwirthschaft neuerdings von deutschem Gelde prosperire und nur dadurch die Kriegslasten ertrage. Der einzig ernsthafte Opponent war Herr Lasker, ernst in der Sache, und mehr als ernst, leidenschaftlich, fast gehässig in der Form.

Lasker allein setzte der geschlossenen Gedankenreihe ebenfalls einen Kettenschluß entgegen. Nur daß er die Glieder desselben zerstreute, als ob er improvisirt spräche, während doch vom 2. Mai, wo der Kanzler sprach, bis zum 8., wo Herr Lasker sprach, das Nachdenken nicht gefehlt haben konnte. Es scheint, daß Herr Lasker den Gang der Sache nicht eingehalten hat, weil er es vorzog, die Steigerung seiner Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck zum Hauptziel seiner Rede zu machen. Wir unsererseits wollen Herrn Lasker's Kettenschluß in seine natürliche Folge bringen, um die Bedeutung seiner Argumente desto deutlicher zu erkennen.

Herr Lasker verwirft die Unifikation der Reichs- und Staatsfinanzen. Er will im Reiche keine „Ueberschußwirthschaft". Er will sie nicht aus Besorgniß für die finanzielle und damit für die politische Unabhängigkeit der Einzelstaaten, und er will sie zweitens nicht aus Besorgniß für die Macht des Parlamentes, welche nur gesichert ist, wenn das Parlament die Einnahmequellen beliebig zu schließen Vorwände hat. Zum ersten Male zeigt sich hier eine Solidarität zwischen dem reichstäglichen Parlamentarismus und dem Partikularismus der Einzelstaaten, eine Solidarität, die bisher Niemand für möglich gehalten. Der Scharfsinn der Herren Richter und Lasker hat diese Solidarität entdeckt und damit zugleich die nur beschränkte Geltung des Satzes aufgewiesen, daß das zentrale Parlament der beste Hort der nationalen Einheit sei. Herr Lasker will darum auch nicht die Ausbildung der indirekten Steuern zur Befriedigung aller Staatsbedürfnisse. Die eigentliche Triebfeder des eben angeführten politischen Grundes verdeckt er, oder verstärkt er durch das den Sozialdemokraten entlehnte Argument, daß das indirekte Steuersystem die Abwälzung der Staatslast von den Reichen auf die Armen bedeute. Er bezeichnet die Finanzreform des Fürsten Bismarck als die „Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer". Da das direkte Staatssteuersystem in Preußen am meisten ausgebildet ist, die natürliche Folge davon, daß Preußen die Lasten der Vertheidigung Deutschland's lange Zeit allein tragen mußte, so liegt die Aufhebung jenes Systems am meisten im Interesse Preußen's. Dadurch hält sich Herr Lasker für berechtigt, diese Aufhebung als eine partikularistische Maßregel zu bezeichnen, vergessend, daß das nicht wohl partikularistisch heißen kann, was die größere Hälfte der Deutschen betrifft, diejenige Hälfte, die nach innen am engsten verbunden, am wirksamsten organisirt und deshalb der Hauptpfeiler ist, der die Reichslast trägt. Herr Lasker ereifert sich gegen die Entlastung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des Grundbesitzes von besonderen Staatsauflagen. Er nennt die Angaben des Reichskanzlers von der Ueberbürdung des Grundbesitzes „eine Uebertreibung, wie er sie niemals auch nur aus dem Munde eines Abgeordneten gehört", er spricht dem Reichskanzler nicht nur alle Zuverlässigkeit in seinen Angaben, sondern auch die Kenntniß der betreffenden Gesetzgebung ab. Warum Letzteres? Weil der Kanzler in der Belastung aller ländlichen Wohnhäuser durch die Gebäudesteuer eine Belastung des landwirthschaftlichen Betriebes erblickt hatte. Wo lag wohl da die Unkenntniß und die Uebertreibung? Wenn dem Redner schon die Entlastung von den direkten Steuern für den Grundbesitz zu viel war, so mußte es ihm der landwirthschaftliche Zoll noch viel mehr sein. Bei den Schutzzöllen für die Industrie zeigt er sich weniger spröde und will das Bedürfniß im Einzelnen prüfen.

Stellen wir jetzt die beiden Kettenschlüsse nochmals in abgekürzter Form einander gegenüber. Der Reichskanzler will die auf die indirekte Steuer basirte Unifikation der deutschen Staatsfinanzen, er will dadurch eine ausreichende und gesicherte Basis für die zentralen Aufgaben und Aktionen des deutschen Staates. Er will mit einem Worte die innere Gründung des deutschen Reiches, das nach dreizehnjähriger Arbeit der ungeheuersten Anstrengungen nur erst äußerlich gegründet ist. Er will einer in ihren Folgen unabsehbaren Verschiebung der Verhältnisse des Welthandels gegenüber der deutschen Nation ihre eigene Industrie und die eigene Produktion der elementaren Nahrungsstoffe sichern, und will damit die auf diese Arbeiten gebauten sozialen Stände als gesunde nationale Elemente erhalten. Wie lautet der gegnerische Kettenschluß? Die Einschränkung der indirekten Steuer durch die direkte auf ein subsidiäres, widerrufliches Mittel ist der Ausgangspunkt. Aus ihr folgt die Macht der Parlamente, aber die Schwäche der Zentralgewalt und zugleich der Einzelstaaten, die unsichere und schwache Leistungsfähigkeit des Ganzen nach innen wie nach außen. Aus der direkten Steuer folgt der Freihandel, aus ihm folgt, daß die deutsche Volkswirthschaft auf Zwischenhandel, Verdienst an der Durchfuhr und auf Herstellung von Hilfsmaterialien für auswärtige Großindustrieen für billigen Arbeitslohn angewiesen wird. Die deutsche Landwirthschaft muß zu Grunde gehen und kann allerdings durch die Zufuhr billiger produzirender Länder in ihren Leistungen ersetzt werden. Dafür muß Deutschland von diesen Ländern materiell abhängig werden. Bei der Schwäche der zentralen Aktionsmittel und bei der Abhängigkeit des deutschen Nahrungsstandes von auswärtigen Nationen, sowohl in der Industrie als im Handel und in der Landwirthschaft, muß die politische Unabhängigkeit Deutschland's innerhalb eines absehbaren Zeitraumes ein Ende nehmen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG